



Bundesministerium
des Innern

www.bmi.bund.de

innenpolitik

ISSN 0179-4108

Informationen des Bundesministeriums des Innern | Nr. 6 Dezember 2010

Sicherheit für Bürger und Unternehmen

Integrationspreis 2010 verliehen

SEITE 3

**Nationales Waffenregister
nimmt Gestalt an**

SEITE 10



Impressum

Herausgeber:

Bundesministerium des Innern
Alt-Moabit 101 D
10559 Berlin

Gesamtkoordination:

Birgit Laitenberger (BMI)

Redaktion, Gestaltung, Produktion:

MEDIA CONSULTA Deutschland GmbH
Wassergasse 3, 10179 Berlin
innenpolitik@media-consulta.com
Redaktion: Petra Grampe (pg), Katleen
Krause (kk), Ulrike Marx (um)

Gestaltung: Sylvia Bahr

Lektorat: Katleen Krause, Silvia Vormelker

Produktion: René Hanhardt

Bildnachweis:

BISp, BMI, Bundespolizei, Germany Trade &
Invest, Picture-Alliance, Photothek.net,
Shutterstock, ullstein Bild, Verlag Herder

Druck:

Silber Druck oHG, Niestetal

Auflage:

17.000 Exemplare

Erscheinungsweise:

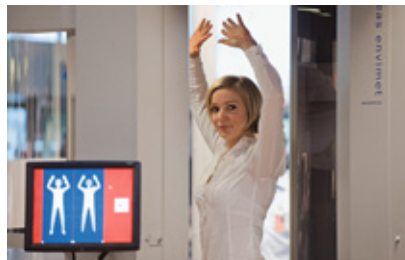
bis zu 6 Ausgaben pro Jahr

Vertrieb:

Die innenpolitik wird kostenfrei geliefert.
Bestellungen und Adressänderungen bitte an:
Publikationsversand der Bundesregierung
Postfach 48 10 09, 18132 Rostock
publikationen@bundesregierung.de

Artikelnummer:

BMI10028



KÖRPERSCANNER IM TEST

9



ÖFFENTLICHER DIENST

12

Inhalt

BEITRAG VON STAATSSSEKRETÄR KLAUS-DIETER FRITSCHÉ

Sicherheit für Bürger und Unternehmen

4

EINBÜRGERUNG IN DEUTSCHLAND

Staatsangehörigkeit: deutsch

8

KÖRPERSCANNER IM TEST

Verstärkte Sicherheit im Luftverkehr

9

NATIONALES WAFFENREGISTER IM AUFBAU

„Die Sicherheit des Bürgers steht im Vordergrund“

10

ZUWANDERER IM ÖFFENTLICHEN DIENST

Brückenbauer und Vorbilder

12

KURZ NOTIERT

14

40 JAHRE BUNDESINSTITUT FÜR SPORTWISSENSCHAFT

Förderer und Initiator von Forschungsprojekten

16

Neuer Personalausweis erhältlich

Seit dem 1. November 2010 kann der neue Personalausweis im handlichen Scheckkartenformat bei den Gemeinden und Bürgerämtern beantragt werden. Die neue Identitätskarte ermöglicht den Bürgern sich weiterhin sicher auszuweisen. Gleichzeitig bietet sie über neu integrierte Funktionen wie die elektronische Signatur auch viele Einsatzmöglichkeiten im Internet. Wenn Sie mehr über den neuen Personalausweis und seine Funktionen erfahren möchten, können Sie sich informieren über: www.personalausweisportal.de

INTEGRATIONSPREIS 2010 VERLIEHEN

Für mehr Zusammenhalt in der Gesellschaft

Abbau von Vorurteilen, mehr Partizipation und ein besseres Miteinander: Sechs Siegerprojekte zeichnete Bundesinnenminister Dr. Thomas de Maizière mit dem Integrationspreis 2010 für ihre innovativen Ideen und ihr Engagement für die Integration von Muslimen aus.

Circa vier Millionen Muslime leben in Deutschland. Um ihre Integration zu fördern, hat Bundesinnenminister Dr. Thomas de Maizière einen Wettbewerb um vorbildliche Projekte von und mit Muslimen in Deutschland ausgelobt. Mit dem Integrationspreis 2010 soll das Engagement von Projektmitarbeitern gewürdigt werden, die mit ihrer Arbeit zu mehr gesellschaftlicher Partizipation, zum Abbau von Vorurteilen und zu einem besseren Miteinander beitragen.

Am 12. November wurde der mit insgesamt 15.000 Euro dotierte Preis im Rahmen einer Festveranstaltung in Berlin zum ersten Mal verliehen. Aus insgesamt 186 Bewerbungen von Einzelpersonen, Vereinen und Institutionen wählte eine unabhängige Jury sechs Siegerprojekte aus, die sich durch Innovativität, eine große Öffentlichkeitswirksamkeit und besondere Nachhaltigkeit auszeichnen. Der erste Preis ging an den „Kinder- und Jugendfußball für Bad Godesberg“ des Internationalen Sportclubs AlHilal Bonn e. V. und sein Konzept, Mädchen und Jungen aus verschiedenen Ländern der islamischen Welt über den Fußball besser zu integrieren.

Platz zwei wurde gleich zweimal vergeben: an den Polizeipräsidenten in Berlin, Polizeiabschnitt 32, für sein Frauenprojekt „Mitte(n)drin“, das sich an isoliert und zurückgezogen lebende muslimische Frauen des Bezirks Berlin-Mitte richtet, sowie

an das Projekt „www.muslimische-stimmen.de“, das den Austausch unter und mit Muslimen fördert.

Auch der dritte Preis ging an ein Frauenprojekt. Das „Forum muslimischer Frauen im Kreis Reutlingen“ dient der Vernetzung von muslimischen Frauen und soll ihnen die Möglichkeit bieten, sich über ihre Bedürfnisse und Anliegen auszutauschen.

Vielfalt an Ideen

Neben dem Projektwettbewerb wurden auch innovative Projektideen gesucht. Die Jury wählte zwei viel versprechende Konzepte aus: „Adopt a child/student“ von Nohma El-Hajj und Sunja Baaroun will Patenschaften zwischen muslimischen Kindern und zum Teil muslimischen Studenten aufbauen und

den Kindern so ermöglichen, ein anderes Umfeld kennenzulernen.

Das theaterpädagogische Projekt „Verschieden sind wir nicht? Sind wir verschieden? Wir – verschieden? WIR“ des Landratsamtes Neuburg-Schrobenhausen richtet sich an Schüler. Sie sollen sich mit sowohl in der christlichen als auch muslimischen Tradition vorhandenen Geschichten beschäftigen und ihre Ergebnisse in einem Improvisationstheater künstlerisch darstellen.

Alle Projekte zeugen vom großen Engagement vieler Organisationen, Bürger und Institutionen für einen besseren Zusammenhalt in Deutschland. In zwei bis drei Jahren soll der Preis wieder ausgeschrieben werden. (kk)

Bundesinnenminister Dr. Thomas de Maizière (Dritter v. l.) zeichnete am 12. November bei einer Festveranstaltung in Berlin die Gewinner des Integrationspreises 2010 aus.



BEITRAG VON STAATSSSEKRETÄR KLAUS-DIETER FRITSCHKE

Sicherheit für Bürger und Unternehmen



Eine der wichtigsten Aufgaben des Staates ist es, Sicherheit zu gewährleisten. Dies erfordert einen ständigen Anpassungsprozess unserer Sicherheitsbehörden an die sich verändernden Rahmenbedingungen. Die Bedrohung der freiheitlichen Gesellschaft durch den internationalen Terrorismus und die grenzüberschreitende Kriminalität, aber auch die Umwälzungsprozesse der Globalisierung, die rasanten Fortschritte in den Informations- und Kommunikationstechnologien oder der Klimawandel haben tiefgreifende Auswirkungen auf die Gewährleistung von öffentlicher Sicherheit durch den Staat.

Die zunehmende Konzentration der Bürger in Ballungszentren, die wachsende Vernetzung unterschiedlicher Lebensbereiche und die dichten Infrastrukturnetze haben eine neue Qualität der Verletzlichkeit zur Folge.

Ein Ausfall der Infrastruktur, ihre Störung oder auch nur ihre Beeinträchtigung könnte starke bis katastrophale Auswirkungen auf Staat, Wirtschaft und große Teile der Bevölkerung haben.

IT-Sicherheit stärken

Das Internet hat für unsere wirtschaftliche, gesellschaftliche und soziale Betätigung viele neue Möglichkeiten geschaffen. Doch so positiv und chancenreich die zunehmende Vernetzung aller Lebens-, Wirtschafts- und Verwaltungsgebiete über das Internet ist, dies hat auch negative Auswirkungen. Die Verfügbarkeit unserer Computernetze wird zunehmend von einer stark international tätigen organisierten Kriminalität bedroht. Mittels ausgeklügelter Schadaktivitäten versuchen Cyberkriminelle, wirtschaftliche Vorteile für sich zu erzielen. Wir müssen daneben eine deutliche Zunahme von Abspähungs- und Sabotageaktivitäten erkennen, die von professionellen Akteuren gesteuert werden.

Schutz- und Sicherungsmaßnahmen können heute nur noch bedingt mit vertrauten Techniken und Organisationsformen realisiert werden. Es ist daher nicht verwunderlich, dass ungeachtet der Wirtschafts- und Finanzkrise der

vergangenen Jahre die Märkte für Sicherheitstechnologien und Sicherheitsdienstleistungen auf längere Sicht überdurchschnittliche Wachstumsperspektiven aufweisen. Zu diesem Ergebnis kommt eine im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie von der Arbeitsgemeinschaft für Sicherheit in der Wirtschaft und der VDI/VDE Innovation und Technik GmbH erstellte Studie.

Neue Technologien können dabei helfen, diese sicherheitspolitischen Herausforderungen zu überwinden. Hier stehen wir aber in dem zentralen Spannungsfeld unserer freiheitlichen Gesellschaft. Einerseits fordern wir neue und innovative sicherheitstechnische Lösungen und andererseits wollen wir die Freiheit des Einzelnen – um dessen Schutz es uns vor allem geht – nicht eingeschränkt wissen. Sicherheitstechnik kann, verbunden mit Überwachung und Kontrolle, die Freiheit beeinträchtigen und innovative Sicherheitslösungen können im Konflikt mit privaten Freiräumen und bürgerlichen Rechten stehen. Deshalb brauchen wir Sicherheitslösungen, die die Bürger schützen, sie aber nicht davon abhalten, zu reisen, das Internet zu nutzen oder Großveranstaltungen zu besuchen.

Zivile Sicherheitsforschung

Auch die zivile Sicherheitsforschung, die uns die Entwicklung neuer innovativer Sicherheitslösungen ermöglicht, ist daher ein wesentlicher Wirtschaftsfaktor der Zukunft.

Die Europäische Union setzt sich zum Ziel, durch die Entwicklung neuer Technologien und geeigneter Begleitmaßnahmen die europäische Gesellschaft verstärkt vor Bedrohungen zu schützen und zugleich die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie zu stärken. Dabei orientiert sich die künftige Sicherheitsforschung der EU an den Empfehlungen des Beratergremiums „European Security Research and Innovation Forum“ (ESRIF). Dieses Forum hat die Europäische Agenda für Forschung und Innovation auf dem Gebiet der zivilen Sicherheit entwickelt, die die Maßstäbe für die kommenden zwei Dekaden setzt.

Die Bundesregierung hat ein eigenes Förderprogramm entwickelt, das sich inhaltlich am Programm der EU orientiert. Damit werden Synergien geschaffen und die deutsche Sicherheitsforschung

Klaus-Dieter Fritsche, Staatssekretär im Bundesministerium des Innern, ist für die Abteilung Öffentliche Sicherheit zuständig.



wird im Hinblick auf europäische Forschungsvorhaben gezielt vorbereitet.

Sicherheitsforschung trägt dazu bei, dass deutsche Unternehmen und Forschungseinrichtungen heute weltweit führend sind bei der Entwicklung und Anwendung von Methoden und Ausrüstungen zum Schutz sicherheitsrelevanter Infrastruktureinrichtungen und Computersysteme, beim Scannen von Containern im internationalen Seeverkehr, beim Einsatz von Satellitennavigation im Güterverkehr, bei der Detektion von Gefahrstoffen und bei der logistischen Bewältigung von Großschadensereignissen.

Wirtschaftsspionage verhindern

Deutsche Unternehmen repräsentieren Spitzentechnologie auf dem neusten Stand und nehmen eine führende Stellung im Weltmarkt ein. Die Stärke der deutschen Wirtschaft beruht dabei auf Wissensvorsprung, Innovationsfähigkeit und Ideenreichtum.

In einer immer stärker verflochtenen und globalisierten Wirtschaft besteht zunehmend die Notwendigkeit, Informationen und Know-how auszutauschen. Nicht alle halten sich dabei aber an die Spielregeln!

Gerade technologisches Know-how und Marktstrategien deutscher Unternehmen stehen im besonderen Fokus von fremden Nachrichtendiensten und konkurrierenden Unternehmen. Es lassen sich hohe Entwicklungskosten einsparen, wenn es den Akteuren gelingt, innovatives Know-how illegal zu beschaffen.

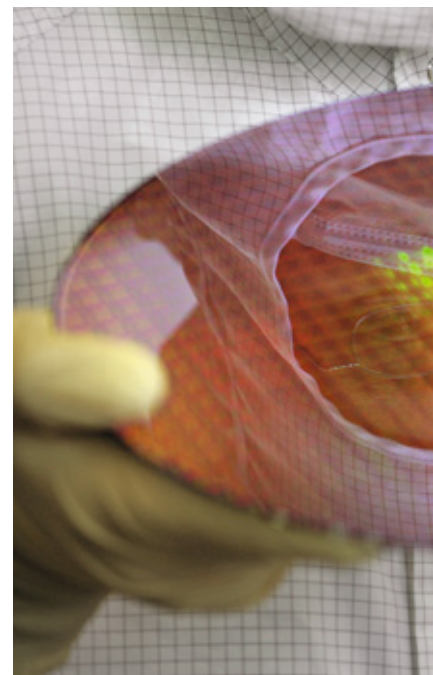
Nach Ansicht von Experten muss dabei von einem bedeutenden volkswirtschaftlichen Schaden ausgegangen werden. Neben diesem unmittelbaren monetären Schadenspotenzial gibt es auch noch Folgen, die ebenfalls gravierend sind. Das sind vor allem die negativen Auswirkungen auf die marktwirtschaftliche Ordnung und den Wirtschaftsstandort Deutschland. Diese mittelbaren Folgeschäden sind vielfältig und weitreichend:

Vertrauens- und Imageverluste, Wettbewerbsverzerrungen, Arbeitsplatzverluste für Arbeitnehmer und Renditeverluste für Anleger. Gefährdet sind nicht nur sogenannte Global Player, sondern insbesondere innovative kleine und mittlere Unternehmen.

In Zeiten der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise haben sich die Ziele von Spionage insgesamt verändert. Zwar stehen nach wie vor die klassischen Aufklärungsziele Politik und Militär im Visier. Die Aufklärung richtet sich zunehmend aber auch gegen Wirtschaft, Wissenschaft und Forschung.

Moderne Spionagerisiken bestehen nicht nur durch internetbasierte Angriffe auf Computersysteme deutscher Wirtschaftsunternehmen und Behörden. Gerade auch der „Faktor Mensch“ darf nach wie vor nicht aus den Augen gelassen werden. Viele Firmen und Unternehmen sind sich dieser Gefahren noch nicht hinreichend bewusst, obwohl unfreundliche Know-how-Abflüsse bei diesen Unternehmen sehr schnell existenzbedrohend

Kritische Infrastrukturen wie die Energieversorgung müssen besonders geschützt werden.





Die deutsche Wirtschaft mit ihren Fertigungsprozessen und Forschungsergebnissen steht im Visier internationaler Nachrichtendienste.

werden können. Nur sensibilisiert handelnde Mitarbeiter können Sicherheitsrisiken erkennen und begrenzen und damit einen wesentlichen Beitrag zum Informationsschutz in den Unternehmen leisten.

Der wirksamste Schutz gegen Wirtschaftsspionage basiert ohnehin erfahrungsgemäß – neben der Sicherheit der IT-Systeme – auf der Sensibilität und Integrität der Mitarbeiter.

Die Strategie der Bundesregierung setzt deshalb auf eine breite Aufklärungskampagne der Öffentlichkeit über die Bedrohung durch Wirtschaftsspionage für den Industriestandort Deutschland.

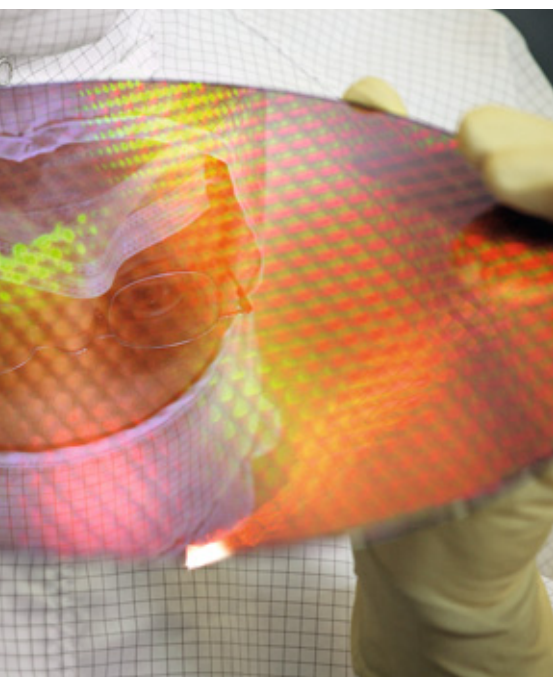
Dialog mit der Wirtschaft

Die Abwehr dieser Gefahren für die deutsche Wirtschaft bildet demgemäß vor allem auch für das Bundesamt für Verfassungsschutz einen wichtigen Aufgabenschwerpunkt. Das Bundesamt ist daher in diesem Bereich verstärkt worden. Die Verfassungsschutzbehörden der Länder unterstützen im Übrigen beim Informationsschutz in den Unternehmen und können dabei – wie auch das Bundesamt für Verfassungsschutz – umfassende Vertraulichkeit zusichern. Im Rahmen dieses Wirtschaftsschutzkonzeptes

steht die Prävention durch Information im Vordergrund.

Sicherheit ist ein zentraler Wettbewerbs- und Erfolgsfaktor für den Wirtschaftsstandort Deutschland. Unternehmen, die das erkannt haben, werden unter den aktuellen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen künftig besser aufgestellt sein. Dabei sind wir vor allem dann erfolgreich, wenn Staat und Unternehmen den Schutz der deutschen Wirtschaft als gemeinsame Aufgabe betrachten.

Ein enger und vertrauensvoller Dialog über wirksame Abwehrinstrumente ist dafür entscheidend. Die Arbeitsgemeinschaft für Sicherheit der Wirtschaft (ASW) ist der zentrale Ansprechpartner des Bundesministeriums des Innern und der Sicherheitsbehörden. Es gilt diesen bewährten Mittler zwischen Staat und Wirtschaft weiter auszubauen, um die Sicherheit im Interesse der Firmen zu steigern. In den Unternehmen muss der Wirtschaftsschutz stärker als bisher „Chiefsache“ werden. *(BMI)*





EINBÜRGERUNG IN DEUTSCHLAND

Staatsangehörigkeit: deutsch

„Wir besitzen ein offenes Staatsangehörigkeitsrecht“, so Dr. Ole Schröder, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesinnenminister.

Integration ist ein vielschichtiger Prozess, die Einbürgerung ein Teil davon. In den letzten Jahren hat sich beim Einbürgerungsrecht viel getan. Der Erwerb der Staatsangehörigkeit ist dennoch an wesentliche Voraussetzungen gebunden.

Bereits nach einer Aufenthaltsdauer von acht Jahren besteht in Deutschland ein Rechtsanspruch auf Einbürgerung. Bei besonderen Integrationsleistungen kann diese Frist auf sechs Jahre verkürzt werden. Damit macht die Bundesregierung vielen der hier lebenden Ausländern ein offenes Angebot zur Einbürgerung.

Das Einbürgerungsrecht berücksichtigt aber auch die Belange der aufnehmenden Gesellschaft. Zu den Einbürgerungsvoraussetzungen gehören ausreichende deutsche Sprachkenntnisse sowie Kenntnisse über Staat, Geschichte und Kultur. Nur so ist es möglich, sich in der Gesellschaft zu orientieren und an der demokratischen Willensbildung

teilzuhaben. Der 2008 eingeführte Einbürgerungstest hat sich mit einer Bestehensquote von über 98 Prozent bewährt.

Rückgang bei Einbürgerungen

Die Einbürgerungszahlen sind nach einem Höchststand im Jahr 2000 kontinuierlich gesunken und haben sich nunmehr mit circa 96.000 auf dem Stand 1997 stabilisiert. Die möglichen Erklärungen für die zurückhaltende Wahrnehmung des Einbürgerungsangebots sind vielschichtig. Ein Faktor dürfte der gesicherte Aufenthaltsstatus sein, über den die meisten der in Deutschland lebenden Ausländer verfügen.

Sie sind damit Deutschen rechtlich in weiten Teilen gleichgestellt, so dass der Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit aus ihrer Sicht – außer beim Wahlrecht – häufig kaum weitere Vorteile bringt.

In der Koalitionsvereinbarung haben sich die Regierungsparteien darauf geeinigt, das Staatsangehörigkeitsrecht auf unverhältnismäßige Hemmnisse zu überprüfen. Hierzu hat das Bundesinnenministerium das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge mit einer repräsentativen Befragung unter Einbürgerungskandidaten beauftragt.

Seit der Einführung des ius-soli am 1. Januar 2000 erwerben nun auch die Kinder ausländischer Eltern unter bestimmten Bedingungen mit ihrer Geburt in Deutschland die deutsche Staatsangehörigkeit. Bisher waren dies fast 390.000 Kinder. Hinzu kommen weitere 50.000 Menschen aus den Jahrgängen 1990 bis 1999, die im Rahmen einer Übergangsregelung die deutsche Staatsangehörigkeit erworben haben. Die ersten dieser Kinder sind 2008 achtzehn Jahre alt geworden und müssen sich nun bis zur Vollendung ihres 23. Lebensjahres für die deutsche oder die ausländische Staatsangehörigkeit entscheiden. Die Erfahrungen mit dieser Regelung sollen ausgewertet und überprüft werden. (BMI)

Die Bundesregierung wirbt bei in Deutschland lebenden Ausländern für eine Einbürgerung.



KÖRPERSCANNER IM TEST

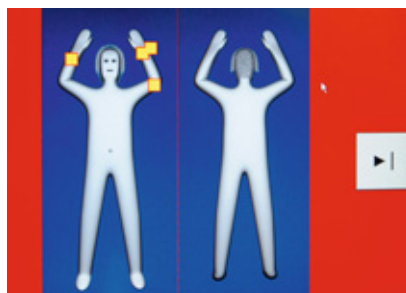
Verstärkte Sicherheit im Luftverkehr

Angenehmere Kontrollen und ein höheres Sicherheitsniveau an deutschen Flughäfen: Ein Praxistest am Hamburger Flughafen soll zeigen, wie funktionsfähig Körperscanner im Alltag sind. Erst nach Ablauf der Testphase wird entschieden, ob sie zur Luftsicherheitskontrolle eingeführt werden.

Jacke ausziehen, Armbanduhr, große Schmuckstücke und Gürtel ablegen, Münzen und Geldbeutel aus den Hosentaschen – erst dann darf der Körperscanner von den Fluggpassagieren betreten werden. Zwei gelbe Positionsmarkierungen geben vor, wo sie sich hinstellen sollen. Dann heißt es, Arme über den Kopf strecken, drei Sekunden still stehen, schon ist der Scan vorbei und der Fluggast darf optimalerweise ohne Nachkontrollen weitergehen.

Seit gut zehn Wochen testet die Bundespolizei am Hamburger Flughafen zwei Körperscanner auf ihre Funktionsfähigkeit. Im Vorfeld fand ein umfangreicher Labortest bei der Forschungs- und Erprobungsstelle der Bundespolizei in Lübeck statt. Dieser hat gezeigt, dass die Benutzung von Körperscannern gesundheitlich unbedenklich ist und die Privatssphäre der Passagiere gewahrt bleibt. Mittels Millimeterwellen wird kontrolliert, ob ein Reisender am Körper oder in seiner Kleidung verborgene Gegenstände mit sich führt, die nicht an Bord von Flugzeugen mitgenommen werden dürfen. Die Scanner sollen am Körper unter anderem Waffen oder Sprengstoffe aufspüren. Denn im Gegensatz zu den herkömmlichen Torsonden können sie auch nicht metallische Gegenstände anzeigen.

Ein abstraktes Piktogramm, ähnlich einem Strichmännchen, das bei jedem Fluggast gleich aussieht, zeigt dem Sicherheitspersonal auf einem Monitor, ob und wo eine punktuelle Nachkontrolle notwendig ist. Bilder des menschlichen Körpers werden dabei nicht produziert. Auch Daten können nicht gespeichert werden, da die Maschine keine Vorrichtung dafür enthält.



Ziele der Testphase

Mindestens sechs Monate wird der Test dauern, bevor entschieden wird, ob Körperscanner an deutschen Flughäfen zur Sicherheitskontrolle eingeführt werden. Getestet werden die betrieblichen Abläufe, die Bequemlichkeit für die Passagiere und die Schnelligkeit der Kontrollen. Sollte der Test in Hamburg ergeben, dass die Geräte noch nicht ausgereift sind, würden sie auch nicht eingeführt, so Bundesinnenminister Dr. Thomas de Maizière, der am 27. September



Am Hamburger Flughafen werden zwei Körperscanner auf ihre Praxistauglichkeit geprüft. Die Benutzung ist freiwillig.

die Testphase eröffnete und als einer der Ersten den Körperscanner genutzt hat. Die Passagiere können während der Testphase frei wählen, ob sie durch die klassische Torsonde gehen möchten oder durch den neuen Körperscanner. Die Kontrolle mit den Körperscannern wird von den Reisenden gut angenommen. Etwa 25.000 Menschen nutzen die neue Kontrollmethode in einer Woche.

Die Leistung der Körperscanner muss noch verbessert werden. Momentan ist die Anzahl der angezeigten „Alarme“ noch zu hoch. Ein gewisser Anteil kann dabei sehr einfach im Gespräch mit dem Passagier geklärt werden. In anderen Fällen muss nachkontrolliert werden. Der Durchsatz ist bisher zufriedenstellend, soll aber noch angehoben werden. Gemeinsam mit dem Hersteller wird dazu an einer neuen Software gearbeitet. Nur unter realen Bedingungen können Probleme dokumentiert und nach Lösungen gesucht werden. (pg)

>> Mehr Informationen zum Körperscanner und zur Luftsicherheit finden Sie unter: www.bmi.bund.de www.bundespolizei.de

„Die Sicherheit des Bürgers steht im Vordergrund“

Für eine moderne Verwaltung und für schnellere Fahndungen durch die Polizei planen die Innenministerien von Bund und Ländern den Aufbau eines Nationalen Waffenregisters. Die Projektleiter Dr. Joachim Sturm und Dr. Albert Hermann stellen das Mammutprojekt vor.

innenpolitik: Neben Verschärfungen des Waffenrechts in den letzten Jahren soll nun ein Nationales Waffenregister aufgebaut werden. Wie kam es zu dieser Idee?

Dr. Joachim Sturm: Ausgangspunkt war eine EU-Richtlinie, doch dann kam es zu den schrecklichen Ereignissen von Winnenden. Da stellte sich die Frage, was kann man tun? Wir wissen, dass ein Waffenregister keine Amokläufe

zudem die Kollegen vor Ort. Diese haben dann mehr Zeit zu kontrollieren, ob die Besitzer ihre Waffen ordnungsgemäß verwahren.

Dr. Albert Hermann: Der Bürger und seine Sicherheit steht bei diesem Vorhaben im Vordergrund. Auch er soll von der Modernisierung des Waffenwesens profitieren. „Die Daten sollen laufen und nicht die Menschen“, heißt es. Wir wollen die Bürger von überflüssigen

können, welche Waffen sie aktuell gemeldet haben. Des Weiteren ist denkbar, dass die Bürger gewisse Voranmeldungen machen können, wenn sie planen, eine Waffe zu erwerben. Das deutsche Waffenrecht ist sehr strikt in diesem Punkt. Ich glaube daher nicht, dass Waffen in Zukunft nur noch elektronisch zugelassen werden. Aber die Besitzer werden sich sicherlich Kopien ihrer Waffenscheine oder ihrer Erlaubnisse ausdrucken können, die sie dann bei Schützenvereinen oder Sportverbänden einreichen können. Die genauen Möglichkeiten müssen noch festgelegt werden.

innenpolitik: Momentan verwalten 577 lokale Behörden mit unterschiedlichen Systemen die Informationen zu den legalen Waffen, die es in Deutschland gibt. Welche Hürden sehen Sie bei der Einführung des nationalen Registers?

Dr. Hermann: Sich auf ein System zu einigen, wird weniger das Problem sein, da wir die zentrale Lösung selber designen und vorgeben. Das größere Problem ist die Datenbereinigung. Unterschiedliche Schreibweisen von Waffen- oder Munitionstypen, leer gelassene Informationsfelder – hier liegen die aktuellen Probleme. Um einheitliche Standards zu bekommen, müssen wir zunächst die vorhandenen Daten bereinigen, indem wir sie korrigieren, Informationen nachtragen und ergänzen. Das ist viel Arbeit.

„Wir hoffen, dass wir mit unserem Standard zum Vorreiter in Europa werden.“

Dr. Joachim Sturm



verhindert. Das KfZ-Register in Flensburg verhindert ja auch keine Autounfälle. Durch das zentrale Register wird die Polizei bundesweit nachprüfen können, wer welche Waffe besitzt. Momentan gibt es 577 örtliche Waffenbehörden. Diese sind untereinander nicht vernetzt, verwenden nicht mal die gleiche Software. In diese Daten müssen wir Ordnung bringen, damit sie bei polizeilichen Fahndungen schnell abgerufen werden können. Indem wir einheitliche Standards schaffen und die Verwaltung modernisieren, entlasten wir

Behördengängen entlasten. In einer späteren Stufe sollen sie auch direkt mittels Onlinelösungen eingebunden werden.

innenpolitik: Wie werden diese Lösungen aussehen, wird ein Waffenbesitzer selbst Daten per Internet eingeben können?

Dr. Sturm: Eingeben weniger, aber wir können uns vorstellen, dass die Besitzer zum Beispiel nach einer Identifizierung mit dem elektronischen Personalausweis über das Internet im Verzeichnis nachsehen

innenpolitik: Gibt es in anderen europäischen Ländern Beispiele, an denen Sie sich orientieren können?

Dr. Sturm: Es gibt Beispiele in Frankreich, Österreich und Tschechien, aber die eignen sich nicht als Vorlage für uns. Die föderale Struktur Deutschlands wirkt sich bei diesem Projekt enorm aus. Meine These ist, dass es ein solches System, wie wir es aufbauen wollen, in Europa noch nicht gibt. Wir hoffen, dass wir mit unserem Standard zum Vorreiter in Europa werden. Wir wollen zu den Staaten gehören, die als einer der Ersten die Anforderungen der EU-Richtlinie erfüllen.

innenpolitik: Wer wird später auf die Daten zugreifen können?

Dr. Hermann: Dies ist noch nicht genau definiert. Im Gesetz zur Errichtung des Nationalen Waffenregisters wird es eine genaue Abgrenzung geben, wer mit welchen Rechten was sehen darf.

Dr. Sturm: Neben der technischen und verwaltungsorganisatorischen Vorarbeit entwerfen wir zurzeit einen Entwurf für ein Errichtungsgesetz. Darin wird festgelegt, woher die Daten kommen und wer Zugriff darauf haben wird. Das werden die Waffenbehörden und ihre Aufsichtsbehörden sein, die Polizei, die Innen-



innenpolitik: Und die Aktualisierung der Daten bleibt in den Händen der lokalen Waffenbehörden?

Dr. Hermann: Ja. Die lokalen Waffenbehörden werden weiterhin dafür zuständig sein, dass die Daten aktuell und vollständig sind. Sie werden vor Ort Waffen prüfen und Bescheinigungen ausstellen. Das Registers ist als eine reine Auskunftsdatenbank zu sehen

Dr. Hermann: Es gibt vielfältige Schutzmechanismen. Die zentrale Komponente ist für sich gesichert. Zudem sind die Zugangskanäle verschlüsselt und die lokalen Behörden haben nochmals eigene Schutzvorrichtungen. Die Software wird entsprechend abgeschottet sein. Ohne Benutzerpasswort werden die Mitarbeiter in den Waffenbehörden nicht auf das Register zugreifen können.

Dr. Sturm: Ein Rollenkonzept wird vorgeben, wer welche Daten ändern, sehen und löschen darf. Dazu wird es IT-Sicherheitskonzepte geben. An beiden arbeiten wir noch.

innenpolitik: Wie wird 2015 eine Waffe registriert werden?

Dr. Sturm: Wie der Prozess 2015 im Detail aussehen wird, können wir noch nicht sagen. Zurzeit steht die erste Aufbauphase im Mittelpunkt. Geplant ist, im nächsten Frühjahr mit weiteren konzeptionellen Schritten zu beginnen.

(Das Gespräch führte Petra Grampe.)

„Das größte Problem bei der Einführung des Registers ist die Datenbereinigung.“

Dr. Albert Hermann



ministerien in den Ländern, das Bundesinnenministerium, aber auch die Ämter für den Verfassungsschutz von Bund und Ländern. Ohne das Gesetz werden die praktischen Arbeiten am Register nicht starten.

und weist als zentrale Komponente eine Synchronisierungsdrehscheibe aus.

innenpolitik: Wie werden die Daten geschützt?



ZUWANDERER IM ÖFFENTLICHEN DIENST

Brückenbauer und Vorbilder

Um mehr Menschen mit Migrationshintergrund für Berufe im öffentlichen Dienst zu gewinnen, unterstützen das Bundesministerium des Innern und seine nachgeordneten Behörden vielfältige Integrationsprojekte. Diversity als Chance erkennen, lautet das Motto.

Rund 100 Experten, Praktiker und Mitarbeiter der öffentlichen Verwaltung waren am 26. Oktober ins Bundesamt für Migration und Flüchtlinge nach Nürnberg gekommen, um am Symposium „Interkulturelle Öffnung der Bundesverwaltung“ teilzunehmen. Abseits der täglichen Diskussionen in den Medien über den Sinn und die Notwendigkeit von Integration sprachen die Teilnehmer über die Möglichkeiten, mehr Menschen mit Migrationshintergrund für eine Karriere im öffentlichen Dienst zu gewinnen.

Mehr als 16 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund leben in Deutschland. Davon arbeiten nach Ansicht von Bundesinnenminister Dr. Thomas de Maizière viel zu wenige im öffentlichen Dienst: „Zuwanderer bringen oft nicht nur über Deutsch und Englisch hinausgehende Sprachkenntnisse mit. Sie sind auch Brückenbauer und Vorbilder.“

In seiner Rede vor dem Expertenforum sprach Dr. de Maizière über die Bedeutung nationaler und religiöser Vielfalt im Arbeitsleben.

Die Herkunft sei für den Arbeitserfolg nicht entscheidend. Bei der Auswahl von Mitarbeitern ginge es darum, die Vielfalt und Potenziale im Land zu nutzen. Auch sein Verständnis von Integration erklärte der Bundesinnenminister: „Integration ist weder Assimilation noch ein belangloses Nebeneinanderherleben. Integration ist, wenn aus Andersartigkeit kein Problem entsteht.“

Die Gründe, warum sich nur wenige Migranten für eine Stelle im öffentlichen Dienst bewerben, sind

Ob als Lehrer, Polizistin oder Sachbearbeiter – das Bundesministerium des Innern wirbt bei Menschen mit Migrationshintergrund für eine Karriere im öffentlichen Dienst.

vielfältig. So ergab eine Studie des Rhein-Ruhr-Instituts für Sozialforschung und Politikberatung e.V. an der Universität Duisburg/Essen, dass Jugendliche mit Migrationshintergrund und ihre Eltern oft wenig über die Ausbildungsmöglichkeiten im öffentlichen Dienst wissen. Die Konsequenz: Wer die Ausbildungsberufe des öffentlichen Dienstes nicht kennt, bewirbt sich nicht.

Es zeigt sich außerdem, dass junge Migranten oftmals annehmen, sie hätten aufgrund ihrer Herkunft ohnehin keine Chance, in den öffentlichen Dienst aufgenommen zu werden. Viele ziehen eine Ausbildung in der Verwaltung erst gar nicht in Betracht, weil sie in ihrem Umfeld keine öffentlich Bediensteten kennen, die als Vorbilder dienen könnten. Viele glauben zudem, dass die deutsche Staatsbürgerschaft eine Voraussetzung für eine Ausbildung im öffentlichen Dienst ist.

Bundespolizei sucht Nachwuchs

Dass dem nicht zwingend so ist, zeigt eine Initiative der Bundespolizei. Seit Anfang des Jahres wirbt die Sicherheitsbehörde mit Veranstaltungen um Nachwuchs mit Migrationshintergrund. In einem dreijährigen Pilotprojekt informiert die Bundespolizeidirektion Flughafen Frankfurt am Main Schüler über Ausbildungsmöglichkeiten und berufliche Perspektiven.

Nach einer Informationsveranstaltung in der Schule durften in einer ersten Projektwoche Ende August zehn Schüler vier Tage lang den Bundespolizisten über die Schulter schauen. Für Anfang kommenden Jahres sind Betriebspraktika am Frankfurter Flughafen vorgesehen. Geplant ist, das Projekt auf den Raum München auszuweiten.

THW wirbt für sich

Auch das THW sucht Nachwuchs. Für das Hilfswerk mit seinen etwa 80.000 Ehrenamtlichen ist es unerlässlich, vermehrt Helfer mit Zuwanderungsgeschichte zu finden. Das Pilotprojekt „Integration durch Technik“, das vom Bundesministerium des Innern initiiert und vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge gefördert wird, soll gezielt Schülern mit Migrationshintergrund die Arbeit des THW nahebringen und eine sinnvolle Freizeitgestaltung fördern.

Die Schüler sollen für gesellschaftliches Engagement und den Umgang mit moderner Technik motiviert werden. Dies kann ihnen bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz erhebliche Vorteile bringen. Sie können sich ferner vom THW zu Junghelfern ausbilden lassen, um dann mit 18 Jahren reguläre ehrenamtliche THW-Helfer zu werden.

Neben neuen Mitarbeitern mit Migrationshintergrund geht es



Minister Dr. de Maizière auch um ein besseres Miteinander in der Verwaltung.

Ein besseres Miteinander

Die Beschäftigten sollen für kulturelle Unterschiede sensibilisiert werden und andere kulturelle Verhaltensweisen akzeptieren lernen. Um dem Nachdruck zu verleihen, hat Dr. de Maizière am 1. September für das Bundesministerium des Innern und seine Geschäftsbereichsbehörden die „Charta der Vielfalt“ unterzeichnet. „Wenn wir unserem Anspruch als leistungsfähige und zukunftsorientierte Verwaltung weiter gerecht werden wollen, müssen wir die Vielfalt in unserem Land nutzen“, so der Minister. (pg)

„Charta der Vielfalt“

Die „Charta der Vielfalt“ ist ein grundlegendes Bekenntnis zu Fairness und Wertschätzung von Menschen in Unternehmen. Durch die Unterzeichnung verpflichten sich die Beteiligten ein Arbeitsumfeld zu schaffen, das frei von Vorurteilen und Ausgrenzung ist. Alle Mitarbeiter sollen Wertschätzung erfahren – unabhängig von Geschlecht, Rasse, Nationalität, ethnischer Herkunft, Religion oder Weltanschauung, Behinderung, Alter, sexueller Orientierung und Identität. Weit über 600 Unternehmen mit insgesamt über 4,6 Millionen Beschäftigten haben die seit 2006 bestehende Charta bisher unterzeichnet. Jedes Unternehmen, das sich bereit erklärt, die angegebenen Grundsätze zu erfüllen, kann die Charta unterschreiben. Dies gilt auch für öffentliche Arbeitgeber und andere Organisationen, unabhängig von der Unternehmensgröße, Branche oder Rechtsform. Mehr Informationen unter: www.charta-der-vielfalt.de

Bundesinnenminister wirbt im Ausland für den Investitionsstandort Ostdeutschland



Bundesinnenminister Dr. Thomas de Maizière spricht vor potenziellen Investoren in Washington, D.C. (USA).

Dass der Bundesinnenminister auf Auslandsreisen Investorenwerbung für Ostdeutschland macht, passt nur auf den ersten Blick nicht zusammen. Als Beauftragter der Bundesregierung für die Angelegenheiten der Neuen Bundesländer vertritt Dr. Thomas de Maizière die Interessen der ostdeutschen Länder – und dies nicht nur in Deutschland, sondern auch weltweit. Zuletzt warb er für den Investitionsstandort Ostdeutschland in Washington, D.C. (USA). Gute

Argumente für sein Werben im internationalen Wettbewerb um heiß begehrte Investoren hat er. Die zentrale Lage in Europa, gute Infrastruktur, ein innovatives Umfeld mit breiter Forschungslandschaft und hoch motivierte Arbeitnehmer: Diese Vorzüge machen Ostdeutschland weltweit zu einem der attraktivsten Investitionsstandorte.

Seine wirtschaftliche Entwicklung liegt dem Minister dabei besonders am Herzen. Seit der Wiedervereinigung ist in Ostdeutschland bereits viel erreicht worden. Die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, gemessen am Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner, liegt mittlerweile bei 73 Prozent des Westniveaus. Die Wirtschaft muss jedoch weiter wachsen.

Das heißt: Es werden mehr Investitionen benötigt, die nachhaltige Arbeitsplätze schaffen. Ausländische Investoren sind wichtige Impulsgeber für die Entwicklung, denn sie bringen meist nicht nur das Geld mit, sondern auch Know-how und Marktbeziehungen. (BMI)

Bundesbehörden nehmen an Behördenrufnummer 115 teil

Die Anzahl der Teilnehmer an der einheitlichen Behördenrufnummer wächst. Immer mehr Gemeinden, Behörden und Bundesländer beteiligen sich an dem seit März 2009 laufenden Pilotbetrieb der 115. Bis Ende 2011 sollen auch alle Bundesbehörden angeschlossen werden. Das hat die Bundesregierung im Juni 2010 beschlossen.

Damit erweitert sich der Service der 115, die bereits von über 13 Millionen Bürgern in sieben Bundesländern genutzt werden kann. Mit dem Anschluss der Bundesbehörden können die Bürger in den Modellregionen dann auch Informationen zu einer Vielzahl von Leistungen des Bundes wie Rente, Elterngeld oder BAföG erhalten.

„Die Vorteile der einheitlichen Behördenrufnummer 115 überzeugen Bürger und Kommunen“, so Cornelia Rogall-Grothe, Staatssekretärin im Bundesministerium des Innern und Beauftragte der Bundesregierung für Informationstechnik. „Ein effizienter und professioneller Service gewährleistet schnelle, kompetente und freundliche Auskünfte.“



Viele Bürger begrüßen die Einführung einer allgemeinen Anlaufstelle, bei der sie telefonisch Auskunft zu verschiedenen Bereichen der öffentlichen Verwaltung erhalten. Egal ob Fragen zum neuen Personalausweis, zu Formularen, Anträgen, Ansprechpartnern oder Öffnungszeiten von Ämtern, mit der 115 gibt es erstmals eine Telefonnummer, die sich um alle Anliegen der Bürger kümmert.

Die Qualität der Antworten wird dabei ständig verbessert. Kommunale Servicecenter beantworten die Fragen oder verweisen an die zuständigen Stellen. Die am häufigsten gestellten Fragen werden in der Top-100-Liste erfasst und allen teilnehmenden Kommunen zur Verfügung gestellt. So erhält der Anrufer, unabhängig davon, von wo er anruft, stets die gleiche Auskunft. (um)

>> Mehr Informationen unter: www.d115.de

40 JAHRE BUNDESINSTITUT FÜR SPORTWISSENSCHAFT

Förderer und Initiator von Forschungsprojekten

Mit einer Festveranstaltung am 8. Dezember feierte das Bundesinstitut für Sportwissenschaft sein 40-jähriges Bestehen. Dabei wurde Bilanz gezogen, aber auch ein Blick in die Zukunft der wissenschaftlichen Unterstützung des Spitzensports gewagt.

Wissenschaft und Praxis im Spitzensport zusammenführen – dieser Aufgabe folgt seit 40 Jahren das Bundesinstitut für Sportwissenschaft. 1970 gegründet, initiiert, fördert und koordiniert die Einrichtung aus dem Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern seither sportwissenschaftliche Forschungsprojekte im Spitzensport. Dabei spielt auch die Nachwuchsförderung, Talentsuche, Entwicklung von Sportgeräten und die Standardisierung von Sportanlagen eine wichtige Rolle.

„Der Aufgabenumfang und deren Spezifizierung haben seit der Gründung des Instituts deutlich zugenommen. Weitere Themen wie Dopingbekämpfung, Sportökonomie, Sporttechnologie und Sportrecht werden heute von uns bearbeitet, und die internationale Zusammenarbeit wird intensiviert“, so Institutsdirektor Jürgen Fischer. Der studierte Jurist leitet seit 2005 das in Bonn beheimatete Institut mit seinen 26 Mitarbeitern.

Mit rund drei Millionen Euro fördert das Bundesinstitut jedes Jahr Forschungsvorhaben in Deutschland. Dabei orientieren sich die geförderten Projekte stark an den

Bedürfnissen des Spitzensports. Die vielfältigen Transfermaßnahmen des Instituts dienen dazu, die Forschungserkenntnisse an die Spitzenverbände und weitere Partner weiterzugeben, damit sie im Training, bei der Betreuung und Ausstattung der Athleten genutzt werden können.

Durchschnittlich 80 bis 100 wissenschaftliche Projekte werden pro Jahr nach einem standardisierten Begutachtungs- und Vergabeverfahren gefördert. So verspricht sich Direktor Fischer zum Beispiel vom geplanten Projekt „Rückenschmerz“



Jürgen Fischer leitet das Bundesinstitut für Sportwissenschaft in Bonn.

neue Erkenntnisse und Hilfestellungen für den Spitzensport. „Die Ergebnisse sind aber auch für die Gesamtbevölkerung von Bedeutung, da beide Gruppen gleich häufig von Rückenschmerzen betroffen sind“, so Fischer.

Als Partner der Nationalen Anti Doping Agentur unterstützt das Bundesinstitut auch Forschungsprojekte zur Dopingbekämpfung. Dazu gehören, neben analytischen Projekten zum Nachweis von Blutdoping oder Doping mit Wachstumshormonen, zunehmend Forschungsvorhaben, die sich mit der Dopingprävention befassen. „Wir fühlen uns einem ethisch verantworteten und humanen Sport verpflichtet. Doping ist damit nicht zu vereinbaren“, erläutert Fischer.

Neben der Förderung wegweisender Forschungsprojekte für den Spitzensport gewinnen zunehmend Fragen zur Rolle des Sports in der Gesellschaft und bei der Integration an Bedeutung. Neue wissenschaftliche Projekte werden sich mit diesen Themen auseinandersetzen. (pg)

>> Weitere Informationen unter:
www.bisp.de